

# Das Scheitern der spanischen Diplomatie in der Eidgenossenschaft : Konsequenz einer zu starren Konfessionspolitik?

Autor(en): **Behr, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte =  
Revue suisse d'histoire religieuse et culturelle = Rivista svizzera di  
storia religiosa e culturale**

Band (Jahr): **101 (2007)**

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-130409>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Das Scheitern der spanischen Diplomatie in der Eidgenossenschaft: Konsequenz einer zu starren Konfessionspolitik?

Andreas Behr

Die Eidgenossenschaft im ausgehenden 17. Jahrhundert war ein loser, innerlich zerstrittener Bund, der sich aber gewandt in das hochexplosive Machtgefüge Europas einzuflechten verstand. Insbesondere ihre konfessionellen Konflikte trieben die Bundesgenossen regelmässig an den Rand eines Kriegs. Auch die Beziehungen zur Freigrafschaft Burgund, einem Nachbargebiet zwischen dem Jura und der Saône, gehörten zu denjenigen, welche die Schweiz innerlich zerrissen. Mehrmals in der Frühen Neuzeit wurde die zu Spanien gehörende Freigrafschaft durch Frankreich erobert und wieder befreit, was den mit beiden Mächten alliierten eidgenössischen Bund arg strapazierte. Die endgültige Einverleibung der Freigrafschaft durch Frankreich, geschehen 1673/74 unter der Herrschaft Ludwigs XIV., liefert den historischen Hintergrund des vorliegenden Artikels.<sup>1</sup> Das Augenmerk gilt der spanischen Diplomatie. Allerdings drängt sich der Vergleich mit Frankreich als Kontrastfolie auf, da die Aussenpolitik beider Grossmächte direkt gegeneinander gerichtet war. So auch in der Schweiz, wo die Botschaften einen erbitterten Kampf um die Gunst der Eidgenossen ausfochten. Denn der helvetische Bund spielte in den diplomatischen Bemühungen Spaniens und Frankreichs eine entscheidende Rolle, da die Eidgenossen gerade in Bezug auf die Freigrafschaft bei beiden Bündnispartnern in der Schuld standen. Das innere Gleichgewicht der Schweiz war somit auch für das spanische Franco Condado zentral; würde die Machtbalance zugunsten Frankreichs kippen, so bliebe bei einer französischen Invasion die überlebenswichtige Schweizer Schützenhilfe aus. Dass die spanische Diplomatie in der Schweiz dennoch scheiterte, kann auf verschiedene Gründe zurückgeführt werden. Man würde der Komplexität der wechselseitigen Beziehungen nicht gerecht, wenn man die Analyse auf den konfessionellen Faktor reduzieren wollte. Es gilt deshalb zu überprüfen, ob die Fehl-

<sup>1</sup> Der Artikel basiert auf meiner Lizentiatsarbeit, welche ich im Oktober 2005 am Lehrstuhl für Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neuzeit vorgelegt habe. Andreas Behr, Spanien, die Franche-Comté und die Eidgenossenschaft. Ein Kapitel eidgenössischer Aussenpolitik, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Freiburg i.Ü. 2005.

einschätzungen von spanischer Seite durch ausgediente religiöse Handlungsmotive konditioniert wurden oder ob der Konfession trotz ausgeprägter Animositäten nur eine untergeordnete Rolle zukam.

Einführend und summarisch sollen hier die Aufgabe und das Funktionieren der Diplomatie in der Frühen Neuzeit vorgestellt werden. Es waren im 17. Jahrhundert just Spanien und Frankreich, welche die diplomatische Bühne beherrschten und sich gegenseitig das Wasser abzugraben versuchten. Sofern möglich bildeten beide an allen europäischen Höfen eine einflussreiche Partei, welche ihre Interessen vertrat. Der Botschafter baute seine Arbeit auf dem Prinzip der Subsidien und Pensionen auf: Man *erkaufte* sich die Hilfe, die guten Dienste eines Staates, mit teurem Geld. Im Grunde waren Subsidien und Pensionen finanzielle Gratifikationen des Bittstellers für die geleisteten Dienste des Angefragten. Auch die Eidgenossen kassierten solche Hilfgelder. Entscheidend war stets, zu welchem Zeitpunkt das Geld ausgehändigt wurde: Gesah es *vor* der Unterzeichnung eines Vertrags, dann war sich der Empfänger zwar des Geldes sicher, aber der Verdacht auf Verrat konnte den dadurch benachteiligten Parteien politischen Auftrieb geben. Einigten sich der Diplomat und der potentielle Empfänger auf eine nachmalige Geldüberweisung, dann galt dies in der Öffentlichkeit zwar als einfache Belohnung für die geleisteten Dienste, aber der Empfänger setzte sich der Gefahr einer allfälligen Zahlungsunfähigkeit des Schuldners aus. Das Geld bildete dennoch nur einen Aspekt der Grundvoraussetzungen für diplomatischen Erfolg. Ein ebenso wichtiger Punkt war das Ansehen des Diplomaten, welches durch seinen sozialen Rang definiert war.<sup>2</sup> Mit dieser sozialen Stellung hing zudem das Vertrauen des Herrschers in seinen Gesandten und damit die Verleihung von Vollmachten sowie Bevorzugungen und Benachteiligungen im Informationsaustausch zusammen.<sup>3</sup>

Die Ergebnisse meiner Lizentiatsarbeit haben gezeigt, dass das Scheitern Spaniens mit der ersten gemeineidgenössischen Neutralitätserklärung besiegelt wurde. Die Schweizer Neutralität kam damit einer versteckten Parteinarbeit gleich. Dennoch wurde den aussenpolitischen Beziehungen der Eidgenossenschaft zu Spanien geschichtlich bisher ebenso wenig Beachtung geschenkt wie jenen zur Freigrafschaft Burgund. Einzig die veralteten Werke von Edouard Rott und Rudolf Maag haben die Ereignisse um die Franche-Comté historisch aufgearbeitet, während Rudolf Bolzern bis heute mit seiner Studie zu den spanisch-eidgenössischen Beziehungen in der Frühen Neuzeit alleine dasteht; bezüglich der Schweizer Neutralität im 17. Jahrhundert gelten die Forschungen Bonjours im-

<sup>2</sup> Anuschka Tischer, Französische Diplomatie und Diplomaten auf dem Westfälischen Friedenskongress. Aussenpolitik unter Richelieu und Mazarin, Münster 1999, 70. Tischer differenziert in einem jüngeren Artikel in verschiedene Personenkreise: «Hochrangige ambassadeurs (Botschafter), nicht näher spezifizierte Gesandte und niedrigrangige Vertreter, worunter alle vom Residenten abwärts zu verstehen sind. Botschafter wurde nur, wer strikte gesellschaftliche und finanzielle Voraussetzungen erfüllte.» Anuschka Tischer, Diplomaten als Patrone und Klienten. Der Einfluss personaler Verflechtungen in der französischen Diplomatie auf dem westfälischen Friedenskongress, in: Rainer Babel (Hg.), *Le diplomate au travail*, München 2005, 173.

<sup>3</sup> Lucien Bély, *Espions et ambassadeurs au temps de Louis XIV*, Paris 1990, 232.

mer noch als grundlegend.<sup>4</sup> Meine Erkenntnisse zu den Jahren 1673 und 1674 wurden aus dem reichen Quellenmaterial der Abschriftensammlung des Bundesarchivs geschöpft.<sup>5</sup>

*Die Schweiz und die Freigrafschaft: Das eidgenössische Bündnissystem*

Die Geschichte Burgunds bis zu dessen endgültiger Eingliederung in das französische Herrschaftsgebiet ist gleichsam ein Teil der Geschichte des Grenzkonflikts zwischen Frankreich und dem deutschen Reich. Der völkerrechtliche Status dieser seit 1493 habsburgischen Provinz war von der Teilung des Burgundischen Reichs nach dem Tod Karls des Kühnen bis zur französischen Eroberung von 1674 unklar und für die Comtois selbst unbefriedigend.<sup>6</sup> Dies schlug sich darin nieder, dass die Freigrafschaft in ein Kräftefeld diffuser Verantwortlichkeiten geriet, wobei auch die Eidgenossenschaft ein Wort mitzureden hatte.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Edouard Rott, *Histoire de la Représentation Diplomatique de la France auprès des Cantons Suisses, de leurs Alliés et leurs Confédérés*, Bd. I–X, Bern 1900–1935; Rudolf Maag, *Die Freigrafschaft Burgund und ihre Beziehungen zu der schweizerischen Eidgenossenschaft. Vom Tode Karls des Kühnen bis zum Frieden von Nymwegen (1477–1678)*, Zürich 1891; Rudolf Bolzern, *Spanien, Mailand und die katholische Eidgenossenschaft. Militärische, wirtschaftliche und politische Beziehungen zur Zeit des Gesandten Alfonso Casati (1594–1621)*, Luzern/Stuttgart 1982; Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. I, Basel 1975.

<sup>5</sup> Die Abschriften stammen aus dem Mailändischen Staatsarchiv, aus Simancas und aus Paris. Zusätzlich wurden die entsprechenden Tagsatzungsberichte konsultiert. Zur Abschriftensammlung siehe Walter Meyrat, *Die Abschriftensammlung des Bundesarchivs*, Bern 1977.

<sup>6</sup> 1493 reihte sich die Freigrafschaft Burgund durch den Vertrag von Senlis in das Reich ein, 1512 wurde sie nach der Reichsreform Kaiser Maximilians dem Burgundischen Kreis zugeschlagen. Trotz relativ starker Bande mit dem Reich kannte sie in der Folge in Frankreich und den Eidgenossen mindestens zwei weitere Anwärter, die um das Erbe der Valois kämpften. 1548 trennte Kaiser Karl V. die niederländischen Besitzungen (inkl. Burgund, einer katholischen Bastion) mit dem so genannten Burgundischen Vertrag formell von der Menge der restlichen Reichsterritorien ab und übertrug diese nach seiner Abdankung seinem Sohn und spanischen Thronfolger, Philipp II. Dennoch blieben die Freigrafschaft und der gesamte Burgundische Kreis ein Glied des Reichs. Dazu Johannes Arndt, *Das Heilige Römische Reich und die Niederlande 1566 bis 1648*, Köln 1998.

<sup>7</sup> Politische Verantwortung über die Freigrafschaft hatten neben den wichtigen Amtsträgern in der Provinz selbst gleich mehrere Instanzen: Einmal der *Real y supremo Consejo de Flandes y Borgoña* der polysynodal strukturierten Regierung in Madrid; dann der Gouverneur Flanderns, welcher dem Gouverneur der Freigrafschaft übergeordnet war; weiter der Gouverneur Mailands, welcher im Namen Kastiliens die Verhandlungen mit der Schweiz über den Status der Freigrafschaft grösstenteils führte und regelmässig militärische Hilfe leistete; letztlich das deutsche Reich, welches die Freigrafschaft als Teil des Burgundischen Kreises gegen aussen zu verteidigen hatte. Die Schweiz ihrerseits wachte über den Status quo der Freigrafschaft, trug aber keine direkte politische Verantwortung. Letztlich war eine allgemeine Handlungsschwäche in der burgundischen Frage die einzige Konsequenz davon; die Provinz blieb nicht nur in Friedens-, sondern auch in Kriegszeiten sich selbst überlassen.

Die Eidgenossen prägten seit den Burgunderkriegen das Schicksal der Franche-Comté aktiv mit. Einerseits bestand bis zum Frieden von Nimwegen (1679) die Möglichkeit einer Aufnahme in den eidgenössischen Bund<sup>8</sup>, andererseits hatten sich die Schweizer in ein kompliziertes Bündnissystem verwickelt, das verschiedene und oftmals gegensätzliche Verpflichtungen mit sich brachte. Denn im Bund der 13 Orte gab es innenpolitische Zentrifugalkräfte, welche ein gemeinsames Selbstverständnis und damit eine einheitliche Aussenpolitik weitgehend verunmöglichten. Die Eidgenossen lavierten zwischen Frankreich, Savoyen und den beiden Habsburger Häusern und sahen sich stets dazu genötigt, gegen aussen jeden Partner (von deren Pensionen sie profitierten) und gegen innen jeden Ort dergestalt zu berücksichtigen, dass sich keiner entscheidend und nachhaltig benachteiligt fühlte. Der Konfessionalismus war damals eines der bedeutendsten Merkmale der schweizerischen Innenpolitik und zugleich die wichtigste Bruchlinie zwischen den Orten.<sup>9</sup> Eine konfessionell geprägte Aussenpolitik war nur eine logische Konsequenz davon, wobei die Machtbalance gegen innen und aussen sehr fragil war. Das Interesse am Status quo war dem helvetischen Bund auch insofern wichtig, als die Freigrafschaft als Vormauer diente, als wertvoller Puffer gegenüber dem mächtigen Frankreich.<sup>10</sup> Jedes Bündnis kannte seine eigenen Gesetze.

Die Bündnistradition mit Frankreich kann bis ins späte 15. Jahrhundert zurückverfolgt werden.<sup>11</sup> In den Vertragswerken des 16. und 17. Jahrhunderts verpflichteten sich die Partner dazu, einer fremden Macht weder Söldner zu liefern, noch fremden Truppen Durchpass zu gewähren.<sup>12</sup> Am schwersten belastete die Franche-Comté die Bundeserneuerung von 1663: Erschien bis dahin die Verpflichtung Frankreichs zur Einhaltung der Neutralität beider Burgund als eine für die Schweiz unumstössliche Bedingung, so blieb diese Klausel nun aus.<sup>13</sup> So-

<sup>8</sup> Einmal stand man nahe einer Aufnahme auf Anfrage der Comtois selbst, einmal visierte die Eidgenossen eine Unterwerfung und Einverleibung an. François Pernot, *La Franche-Comté espagnole. À travers les archives de Simancas, une autre histoire des Franc-Comtois et de leurs relations avec l'Espagne, de 1493 à 1678*, Besançon 2003, 246–259.

<sup>9</sup> Kaspar von Greyerz/Franz Xaver Bischof, Konfessionalismus, in: *Historisches Lexikon der Schweiz* (elektronische Publikation HLS), Version vom 16.12.03. Weitere Gräben bestanden u. a. zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten, zwischen den geographischen Wirtschaftszonen (Basel mit dem Reich, Bern mit Frankreich, die Inneren Orte mit Italien, Zürich mit Habsburg-Österreich) und zwischen den Volksständen.

<sup>10</sup> Zur Vormauerpolitik vgl. Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik in ihren Grundzügen*, in: Alois Riklin et al. (Hg.), *Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*, Bern/Stuttgart 1975.

<sup>11</sup> Rott, *Histoire de la Représentation Diplomatique auprès des Cantons Suisse* (wie Anm. 4). Edouard Rott nennt die Allianz von 1499 als wegweisend für das 16. und 17. Jahrhundert; tatsächlich entwickelten sich auf deren Grundlage die Bündnisse von 1516, dem so genannten «Ewigen Frieden», und von 1521.

<sup>12</sup> Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik* (wie Anm. 10), 62 ff. Diesen Verpflichtungen wurde selbstverständlich immer nur dann entsprochen, wenn es die Situation wirklich erforderte. Zudem waren bis 1663 nie alle eidgenössischen Orte ins Vertragswerk eingebunden.

<sup>13</sup> Zwischen der spanischen Freigrafschaft und dem französischen Herzogtum Burgund bestand ein Abkommen, welches die gegenseitige Neutralität festhielt. Die Eidgenossen hatten sich

wohl burgundische, als auch Schweizer Historiker sahen im neuen Vertrag von 1663 ein Schlüsselereignis der Geschichte der Freigrafschaft, weil durch das Fehlen der Neutralität ihr Schutz massgeblich geschmälert war. Es waren die wirtschaftlichen Anreize Frankreichs und die Schwäche der spanischen Diplomatie, welche die Eidgenossen zum Einlenken bewegt hatten.

Die Beziehungen zum habsburgischen Österreich wurden ihrerseits nach langen Jahrzehnten des Konflikts 1511 mit der «Erbeinung» neu definiert. Der Vertrag hielt im Grunde verbrieft fest, was sich die Eidgenossenschaft bereits von der «Ewigen Richtung» von 1474 erhofft hatte: die rechtliche Sicherheit ihres Territorialbesitzes.<sup>14</sup> Die Freigrafschaft gehörte zu denjenigen Territorien, welche in die Erbeinung als habsburgischen Besitz aufgenommen wurden; hinzu kamen die vorderösterreichischen Lande (rheinische Gebiete) inklusive Bregenz und Konstanz. Mit dieser Defensivallianz verpflichteten sich die Eidgenossen zu «getreuem Aufsehen», falls der Vertragspartner angegriffen wurde.<sup>15</sup> Die eidgenössischen Orte sahen im Gegensatz zu ihren Alliierten in diesem Abkommen vielmehr einen Anerkennungsvertrag als eine eigentliche Defensivallianz. Während «getreues Aufsehen» für die Habsburger militärische Hilfe implizierte, liessen dies die Eidgenossen offen und entschieden von Fall zu Fall. Nach der Abtrennung der burgundischen Besitzungen vom Reich traten die Eidgenossen zur Erneuerung der Erbeinung bezüglich der Freigrafschaft mit den spanischen Herrschern in Verbindung. Das Bündnis hatte bis zur endgültigen französischen Eroberung Bestand.

Nebst den gemeineidgenössischen Allianzen spielten zwei weitere Nachbarn eine zentrale Rolle in den Auseinandersetzungen um die Freigrafschaft: das spanische Mailand und das Herzogtum Savoyen. Es waren die katholischen Orte (mit Ausnahme Solothurns), welche mit beiden Staaten in Form von Defensivallianzen verkettet waren; Allianzen also, deren Spitze unmissverständlich gegen die protestantischen Bundesgenossen gerichtet war.<sup>16</sup> Spanien hatte zu Beginn der Regierungszeit Philipps II. einen engen Bund mit allen eidgenössischen Or-

---

(aus eigenem Interesse) dazu bereit erklärt, über die Einhaltung der Neutralität zu wachen; deshalb wurde – bis 1663 – die Neutralitätsklausel stets in die Allianz mit Frankreich integriert. Vgl. hierzu u.a. Jean Richard, *La neutralité entre le Duché et Comté de Bourgogne du XVe au XVIIe siècle*, in: *Actes du 99e Congrès national des Sociétés savantes. Besançon (1974, Tome II)*, Paris 1977, 43; Maurice Gresset et al. (Hg.), *Histoire de l'annexion par la France de la Franche-Comté et du Pays de Montbéliard, Le Coteau (Loire) 1988*, 166; Rudolf Maag, *Die Freigrafschaft Burgund und ihre Beziehungen zu der schweizerischen Eidgenossenschaft* (wie Anm. 4), 98 f.

<sup>14</sup> Joseph Boesch, *Epochen der schweizerischen Aussenpolitik*, in: Alois Riklin et al. (Hg.), *Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*, Bern/Stuttgart 1975, 91.

<sup>15</sup> Zitiert nach Maag, *Die Freigrafschaft Burgund und ihre Beziehungen zu der schweizerischen Eidgenossenschaft* (wie Anm. 4), 46. Vgl. auch Boesch, *Epochen der schweizerischen Aussenpolitik*, 91. Die Einhaltung der Erbeinung war an eine jährliche Abgabe von 600 Écu von Seiten der Comtois an die Tagsatzung gebunden.

<sup>16</sup> 1577 erfolgte das Einvernehmen der katholischen Orte mit Savoyen – nachdem die protestantischen Orte aus Konfessionsgründen ein bereits bestehendes Bündnis aufgekündigt hatten –, 1587 jenes mit Spanien-Mailand. Es handelte sich in beiden Fällen um eine Defensivallianz.

ten angestrebt, im Zuge der Gegenreformation beliess man aber das Relikt der Erbeinung beim Alten und schloss ein separates Bündnis mit den sechs katholischen Orten.<sup>17</sup> Die Erbeinung rückte damit strategisch in den Hintergrund, was sich in der Vertragserneuerung des Mailändischen Bündnisses während des 30-jährigen Kriegs manifestierte: Artikel 13 und 14 besagten, dass die verbündeten Katholiken der Freigrafschaft gleich Mailand der «tätlichen Hilf halber» verpflichtet waren und umgekehrt: Falls ein katholischer Ort überfallen würde, müsse entweder Mailand oder die Franche-Comté militärische Hilfe leisten.<sup>18</sup> Es ist leicht verständlich, dass sich diese Lösung als höchst ungeschickt und den Interessen der Freigrafschaft grundsätzlich abträglich erwies. Anstatt die konfessionellen Schranken zu überwinden und eine Verfestigung der Erbeinung mit der gesamten Eidgenossenschaft anzustreben, hatten die Spanier das so wichtige Wohlwollen des protestantischen Berns verspielt. Dies war angesichts der Beherrschung jeglicher geographischer Zugänge zur Juraprovinz durch den mächtigsten eidgenössischen Ort verhängnisvoll. Auch wenn diese Klauseln in den folgenden Jahren für nichtig erklärt wurden, blieb ein starkes Misstrauen Berns zurück.

Im Gegensatz zu Mailand stellte Savoyen eine echte Bedrohung für die protestantische Schweiz dar, da die Herzöge territoriale Ansprüche auf die Waadt und Genf hegten und damit die Interessen Berns tangierten. Infolge der Ereignisse der Escalade wurde 1603 der Vertrag von Saint-Julien geschlossen, worin die savoyischen Herrscher auf die Berner Untertanengebiete und auf die Calvin-Stadt verzichteten. Zwischen 1663 und 1675 – der Regierungszeit Karl Emmanuel II. – drohten die nie abreisenden Schikanen aber mehrmals zum offenen Konflikt zu eskalieren. Bern fürchtete eine mögliche Invasion durch Savoyen und dessen Verbündeten Frankreich, von welchem man seit jeher vermutete, mit Gebietseroberungen auf helvetischem Boden zu liebäugeln. Da sich die katholischen Orte auf Druck Savoyens und des Papstes weigerten, die protestantischen Territorien der Waadt und Genfs *expressis verbis* in die verschiedenen Defensionalordnungen zwischen 1647 und 1674 aufzunehmen, war Bern im Gegenzug auch nicht bereit, den Schutz der katholischen Freigrafschaft mit zu tragen.<sup>19</sup>

Die Verhältnisse während den Ereignissen von 1673/74 waren zweifelsohne hoch kompliziert und explosiv. Spanien hätte es jedoch in der Hand gehabt, die Hebel am richtigen Ort anzusetzen und die gesamte Eidgenossenschaft für seine Interessen zu gewinnen. Die Diplomatie des ehemals stolzen Reiches wies aber zu viele Schwächen auf, um Frankreich ausstechen zu können.

<sup>17</sup> Jean-Luc Hanselmann, *L'alliance Hispano-Suisse de 1587*, Bellinzona 1971, 156 f. Philipp II. hatte die Eidgenossen ursprünglich gedrängt, die Erbeinung auf die Verpflichtung zu militärischer Hilfe auszuweiten; schliesslich fügte sich das Separatbündnis gegen die protestantischen Orte ohnehin besser in das katholische System der spanischen Aussenpolitik ein.

<sup>18</sup> Maag, *Die Freigrafschaft Burgund und ihre Beziehungen zu der schweizerischen Eidgenossenschaft* (wie Anm. 4), 71 ff. Die Söldnerzahl wurde auf mind. 4'000 und max. 13'000 Mann festgelegt.

<sup>19</sup> William Rappard, *Cinq siècles de sécurité collective (1291–1798)*, Paris/Genf 1945, 420 ff. Siehe auch die Tagsatzungen anfangs April 1674: Jakob Kaiser et al. (Hg.), *Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede*, Band VI/I., Basel 1867, 913 ff.

*Spanien, das Franco Condado und die Schweiz*

Der spanische Botschafter in der Schweiz sah sich den üblichen Unwegsamkeiten des diplomatischen Geschäfts gegenübergestellt. Besonderes Geschick war gefragt, um mit den regelmässigen finanziellen Engpässen der Krone, die bei den Empfängern der versprochenen Pensionen und Subsidien Missmut provozierten, sowie mit der mangelnden Verhandlungsvollmacht umgehen zu können. Die Kunst bestand darin, die helvetischen Staatsmänner zu loben, sie hinzuhalten und bewusst Entscheidungen hinauszuzögern. Dass der Botschafter zudem über keine persönlichen Sekretäre verfügte, erschwerte seine aufwändige Arbeit zusätzlich.

Spaniens Grossmachtspolitik war seit der Thronbesteigung Philipps II. zusehends konfessionell gefärbt. Als der junge König in die Fussstapfen seines Vaters trat, hielt er sich zunächst weitgehend an dessen politisches Testament.<sup>20</sup> Auch wenn die Verteidigung des katholischen Glaubens ein zentraler Punkt des Dokuments war, verfolgte Philipp doch einen «realpolitischen» Kurs; erst mit den Jahren und insbesondere nach dem Abschluss des tridentinischen Konzils rückten konfessionelle Überlegungen wieder in den Vordergrund.<sup>21</sup> Die inneren Machtstrukturen verkrusteten in den folgenden Jahrzehnten derart, dass sich auch Philipps Nachfolger von den konfessionellen Leitmotiven und Doktrinen nicht zu lösen vermochten.<sup>22</sup> Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum die Freigrafschaft als Reichsbesitz eine stolze Position einnahm: Während Teile des nördlichen und östlichen Flandern nach Jahrzehnten andauernder Kriege an die Protestanten verloren gingen, galt das Franco Condado als katholische Musterprovinz, wobei Katholizismus zuweilen mit Hispanität gleichgesetzt wurde. Erst mit der antifranzösischen Allianz vom August 1673 – ein knappes Jahr vor dem endgültigen Verlust der Freigrafschaft also – zeigte sich Spanien zaghaft dazu bereit, auch mit protestantischen Mächten Bündnisse einzugehen.

Die Beziehung zur Eidgenossenschaft aus diesem Blickwinkel zu betrachten ist durchaus aufschlussreich. Der spanische Gesandte gehörte seit dem Ende des 16. Jahrhunderts der mailändischen Adelsfamilie der Casati an.<sup>23</sup> Diese Grafen aus Borgo-Lavizarro stellten bis zum Ende der spanischen Erbfolge die in Personalunion operierenden Botschafter in Luzern (für die Eidgenossenschaft) und Chur (für die Drei Bünde). Der Bewegungsradius Alfonsos II. Casati, welcher

<sup>20</sup> Peter Pierson, *Philipp II. Vom Scheitern der Macht*, Graz 1985, S. 17.

<sup>21</sup> Die überaus verlustreichen Kriege gegen die Hohe Pforte, die verhängnisvolle Kampagne der Armada gegen England – Philipp stützte sich vornehmlich auf den religiös motivierten Glauben an den Erfolg anstatt auf strategische Grundlagen –, seine Eingriffe in Frankreich sowie die geistige Kontrolle durch die Inquisition lassen u. a. auf den zunehmenden Eingang der Religion in den staatspolitischen Alltag schliessen. Siehe Pierson, *Philipp II.* (wie Anm. 20), bspw. 199.

<sup>22</sup> Vgl. etwa Fernando Negrodo del Cerro, *Los predicadores de Felipe IV: corte, intrigas y religión en la España del Siglo de Oro*, Madrid 2006.

<sup>23</sup> Heinrich Türler (Hg.), *Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz*, Bd. II, Neuenburg 1924, 503 f. Zur Amtseinführung und den Tätigkeiten des ersten Casati vgl. Bolzern, *Spanien, Mailand und die katholische Eidgenossenschaft* (wie Anm. 4), 239 ff.



1664 (Chur) bzw. 1667 (Luzern) den Posten seines Vaters antrat, begrenzte sich vornehmlich auf die katholischen Orte. Zu diesem Zeitpunkt waren die Netzwerke längst geknüpft; den spanischen Parteien wurden Pensionen zuteil, welche auf die wichtigsten Persönlichkeiten aufgeteilt wurden.<sup>24</sup> Casatis engster Berater und Gehilfe war der Urner Karl Konrad von Beroldingen, welcher nebst der spezifisch spanischen Interessenvertretung an den Tagsatzungen ganz allgemein für die katholische Sache intrigierte. Der spanisch-mailändische Botschafter kooperierte nur selten mit den protestantischen Orten, da die Erbeinung gänzlich hinter das Mailänder Bündnis gestellt wurde. Einerseits wollten die katholischen Eidgenossen das Monopol auf die Beziehungen zu Spanien nicht verlieren und zogen eine Ausweitung des Bündnisses auf die 13 Orte gar nicht erst in Betracht, andererseits blieben Casati die nötigen Anweisungen aus Kastilien versagt: Es war undenkbar, protestantischen Staaten dienlich zu sein.

Spanien konnte und wollte die konfessionellen Hürden nicht überwinden. Intern wurden die Positionen in der Schweiz in vielen Aspekten nach konfessionellen Gesichtspunkten bezogen, und die iberische Macht fügte sich unkritisch in dieses Gefüge ein. Punktuell wurde auch aktiv in interne Angelegenheiten eingegriffen, was nicht gerade zur Aufweichung der verhärteten Strukturen beitrug. Die wohl berühmteste Einmischung erfolgte während der Bündner Wirren.<sup>25</sup> Spanien-Mailand ging zur Bewahrung der eigenen Interessen mit der Brechstange vor und störte die Beziehungen zu Bern und Zürich nachhaltig. Da mindestens die geographische Abhängigkeit von Bern in Bezug auf die Freigrafschaft nicht auszumerzen war, ersuchte man diesbezüglich regelmässig um das Wohlwollen der Protestanten. Verlangte nun Spanien Hilfe an den gemeineidgenössischen Tagsatzungen für die Freigrafschaft, so stützte sich der Botschafter etwas unbeholfen auf die Erbeinung.<sup>26</sup> Aufgrund der unterschiedlichen Interpretationen des Vertragswerks war jedoch klar, dass die militärische Hilfe durch alle 13 Orte nur in Frage kam, wenn die Erbeinung neu mit klaren Verbindlichkeiten definiert würde. Eine solche Vertiefung des Bündnisses wurde aber nie in Aussicht gestellt.

Spaniens Forderungen an die Eidgenossen waren im Grunde ebenso klar wie dessen Anreize: Um im Kriegsfall zumindest die Gewährung zum Truppenpass und zu Werbungen für das Franco Condado verlangen zu können, operierte der Botschafter mit «politischen Hilfgeldern», Handelsverträgen und Truppenwerbungen; letztere waren insofern attraktiv, als die Söldner in Mailand stationiert wurden und in der Regel vom Krieg verschont blieben.<sup>27</sup> Weiter schürte der spanische Botschafter die Angst der Berner, dass sie bei der Preisgabe der Freigrafschaft die wichtigste Vormauer verlieren und damit Ludwig für einen Einfall in

<sup>24</sup> Siehe bspw. BAr Milano, Archivio di Stato, Bd. 171/1477–1792.

<sup>25</sup> Vgl. etwa Rudolf Bolzern, Spanien, in: Historisches Lexikon der Schweiz (elektronische Publikation HLS), Version vom 22.12.04.

<sup>26</sup> Die Erbeinung wurde zu diesem Zeitpunkt gemeinhin als ein Vertrag mit dem österreichischen Zweig der Habsburger betrachtet, worin die Freigrafschaft aber nicht aufgeführt wurde.

<sup>27</sup> Bolzern, Spanien, Mailand und die Eidgenossenschaft (wie Anm. 4), 121 ff.

die Schweiz Tür und Tor öffnen würden.<sup>28</sup> In erster Linie profitierten natürlich die Inneren Orte von der Beziehung zu Mailand. Logischerweise setzten sich diese an den Tagsatzungen dafür ein, dass sich die gesamte Eidgenossenschaft nicht mit Spanien überwarf. Die Protestanten hatten ihrerseits auch Interesse an einer Befriedigung der katholischen Orte durch das Bündnis mit Spanien, denn nur dann waren diese bereit, den besonderen Profit Berns und weiterer Protestanten durch die Allianz mit Frankreich zu dulden. Jede mögliche Veränderung dieses fragilen Gleichgewichts wurde demnach zu einem gefährlichen Balanceakt.

*Die Kontrastfolie: Frankreich, die Franche-Comté und die Schweiz*

Im gesamten 17. Jahrhundert lieferten sich Spanien und Frankreich einen Wettkampf um das Wohlwollen der Eidgenossen. Frankreich genoss den geographischen Vorteil der Nachbarschaft und zeigte sich stets offen, mit Katholiken und Protestanten zu verhandeln. Mit der Machtübernahme Ludwigs XIV. gewann die französische Diplomatie zusätzlich an Effizienz und Konsequenz. Für den Sonnenkönig waren die auswärtigen Dienste integraler Bestandteil der Aussenpolitik: Jeder Krieg, jede Deklaration gegenüber Europa, jeder Erbenspruch wurde erst nach vorangehendem, minutiös geplante diplomatischem Auskundschaften erklärt. Ludwig war bewusst, dass seine offensive Machtpolitik auch in der Schweiz nur dank seinem staatsmännischen Geschick geduldet würde.

Um die Einverleibung der Franche-Comté zu begründen, bediente sich Ludwig XIV. nebst der klassischen Kriegsrhetorik eines Vorwands, welcher ganz Europa aufhorchen liess: Nach dem so genannten Devolutionsrecht argumentierten die französischen Hofjuristen, durch die Heirat Ludwigs mit der spanischen Thronfolgerin stünden dem König Teile des flandrischen Erbes zu, darunter auch die Freigrafschaft Burgund.<sup>29</sup> Dieses «Begründungsmanifest» wurde an alle europäischen Herrscher geschickt, gleichzeitig nahmen die französischen Feldherren wichtige Waffenplätze der Niederlande und, anfangs 1668, die Franche-Comté ein. Unter dem Druck der Tripelallianz wurde die Provinz jedoch im Sommer desselben Jahres mit dem Vertrag von Aachen dem spanischen Königshaus restituiert. In der Folge bereitete der Sonnenkönig langsam das Terrain für die «Arrondierungen» seiner Reunionspolitik vor.<sup>30</sup> Als der Krieg 1672 ge-

<sup>28</sup> Siehe etwa die Rede vom 4.4.1674 von Casati an der Tagsatzung, BA r Milano (184).

<sup>29</sup> Vgl. u. a. Xavier Brun, *La Franche-Comté dupée et prise en 1668 par Louis XIV*, Louvois et Condé, Lons-le-Saunier 1935. Das Devolutionsrecht besagte, dass nach dem Tod des Herrschers, in diesem Fall nach dem Tod Philipps IV. 1665, gewisse Gebiete der Niederlande gleichmässig unter den Kindern verteilt werden sollten. Tatsache war, dass dieses alte Devolutionsrecht seit langer Zeit nicht mehr Anwendung fand und dass Ludwig, mit der Heirat Maria-Therantias, vertraglich ohnehin auf jeglichen Erbenspruch verzichtet hatte. Ludwig war aber geschickt genug, die Einhaltung des Vertrags an eine horrende Mitgift zu binden, die Philipp zu zahlen nicht im Stande war.

<sup>30</sup> Klaus Malettke, *Ludwigs XIV. Aussenpolitik zwischen Staatsräson, ökonomischen Zwängen und Sozialkonflikten*, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* (Beiheft 11), Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Aussenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV., Berlin 1991. Unter Reunionspolitik werden die aggressiven Annexionen verschiedener fran-

gen das diplomatisch isolierte Holland ausbrach, war ein Feldzug gegen die Franche-Comté nur noch eine Frage der Zeit. Die optimale Gelegenheit schien für Ludwig aber erst dann gekommen, als er auch die Eidgenossen als potentielle Gegner auf diplomatischem Weg ausgeschaltet hatte.

Der französische Aussenminister Arnaud de Pomponne hatte frühzeitig eine seiner besten aussenpolitischen Kräfte, den Botschafter Saint-Romain, nach Solothurn abgeordnet, um das Seilziehen an den Tagsatzungen behutsam vorzubereiten.<sup>31</sup> Saint-Romain ersetzte 1672 den niedrigrangigen und in der Schweiz äusserst unbeliebten Residenten François Mouslier, womit der Sonnenkönig die Eidgenossen aufwertete und ihnen schmeichelte; zugleich bedeutete dieser Schritt das Herannahen einer wichtigen Angelegenheit. Saint-Romain verfügte über eine Menge Geld, über Vertrauen und Vollmacht des Aussenministers sowie über ein breites und effizientes Informationsnetzwerk. Mehrere Berater und Sekretäre standen ihm zur Seite. Der Botschafter entpuppte sich zudem als gewandter Verhandlungspartner: Er drohte mit dem Entzug der Pensionen und zahlte üppige Summen, falls man spurte; er wusste interne Streitigkeiten der Eidgenossen – bspw. die Konflikte zwischen Genf und Savoyen – auszunutzen und hatte begriffen, dass es in erster Linie darum ging, die Berner auf seiner Seite zu haben.<sup>32</sup> Über die Konfessionsgrenzen hinaus sah er zu, dass sich in allen eidgenössischen Orten französische Parteien bildeten.

In Bezug auf die Franche-Comté waren die Bedürfnisse Frankreichs augenscheinlich: Es suchte die Sicherheit, dass die Eidgenossen nicht in einen allfälligen Konflikt eingreifen würden, weder in eigener Sache, noch Seite an Seite mit Spanien oder mit dem Reich. Die französische Diplomatie musste demnach in erster Linie die Pläne der Gegner unterminieren, bevor die Eidgenossen mit eigenen Anreizen gewonnen werden konnten. Auch diese waren ein offenes Geheimnis: Saint-Romain lockte mit grosszügigen Pensionen und Subsidien, mit regelmässigen Solddienstangeboten, mit lukrativen Handelsabkommen – etwa Salzverträgen – sowie, auf dem Höhepunkt des schwelenden Konflikts zwischen Bern und Savoyen, mit dem militärischen Schutz der Waadt. Nicht zu unterschätzen war diesbezüglich auch das in den 1660er-Jahren bereits auf ganz Europa ausstrahlende Prestige des Sonnenkönigs.

---

zösischer Grenzstädte und -gebiete verstanden, welche v.a. in die Zeit zwischen dem Frieden von Nimwegen und dem Pfälzischen Erbfolgekrieg fallen.

<sup>31</sup> Der Marquis von Saint-Romain war dank seinen Missionen in Dänemark, Deutschland und Schweden ein bekannter und angesehener Gesandter. Vor seinem Aufenthalt in der Schweiz hatte er sechs Jahre in Lissabon gedient. Siehe Rott, *Histoire de la Représentation Diplomatique auprès des Cantons Suisse* (wie Anm. 4), Bd. VII, 419.

<sup>32</sup> Rott, *Histoire de la Représentation Diplomatique auprès des Cantons Suisse* (wie Anm. 4), Bd. VII, 478.

*Die Entscheidung in Baden: Das Scheitern Spaniens und die Geburt der schweizerischen Neutralität*

In den 1670er-Jahren spitzte sich die Lage in der Republik der Vereinigten Niederlande und in der Freigrafschaft zu; die Comtois erwarteten spätestens ab 1672 jeden Moment die Invasion.<sup>33</sup> Wollte Madrid den Verlust seiner Provinz abwenden – was in Kastilien selbst nicht unumstritten war<sup>34</sup> – so musste sie an die Kandare genommen und militärisch auf Vordermann gebracht werden. Ersteres gelang zum Teil direkt nach dem Frieden von Aachen: Das Parlament wurde aufgelöst, zum ersten Mal wurde ein Spanier als Gouverneur eingesetzt, die Steuern erfolgten nicht mehr auf der Basis eines «don gratuit» sondern wurden manu militari eingetrieben. Militärisch blieb die Franche-Comté aber zahnlos und die Spanier waren noch nicht bereit, mit dem Reich und mit den Niederlanden eine gemeinsame Front gegen die Expansionsgelüste Ludwigs zu bilden. Eine Entscheidung in der Eidgenossenschaft drängte sich insofern auf, als abgesehen vom Reich nur noch die Eidgenossen das Geschehen auf die eine oder andere Seite kippen konnten.

Scharmützel an der Grenze zwischen dem Herzogtum und der Freigrafschaft Burgund hatten Ende 1673 begonnen. Spanien hatte sich endlich der antifranzösischen Allianz unter der Führung Kaiser Leopolds I. im August angeschlossen und dem Gouverneur der Freigrafschaft befohlen, die Miliz zu mobilisieren. Im Verlauf der sieben Kriegsjahre sollte sich jedoch zeigen, dass die Allianz Frankreich weder militärisch noch strategisch das Wasser reichen konnte. Die diplomatischen Anstrengungen der Koalitionspartner in der Schweiz stehen sinnbildlich für die Ohnmacht gegenüber Ludwigs aggressiver Aussenpolitik: Längst hatte Saint-Romain in Solothurn und Baden Position bezogen und die gegnerischen Bemühungen zu torpedieren begonnen. Österreich, die Niederlande, die Freigrafschaft und Spanien-Mailand waren insgesamt unfähig, ihre Kräfte an den Tagsatzungen zu vereinigen und damit Frankreich kaltzustellen.

Zwischen Frühsommer 1673 und den entscheidenden Kriegsmonaten im Sommer 1674 wurden insgesamt sieben gemeineidgenössische Tagsatzungen in Baden einberufen. Die kantonalen Abgeordneten debattierten intensiv darüber, wie mit der verwickelten Situation umzugehen sei, wobei kein Zweifel über die gewünschte Lösung bestand: der Status quo. Die 13 Orte setzten demzufolge alles daran, die Neutralität beider Burgund vertraglich neu festzuhalten. Mit den Monaten zeichnete sich jedoch ab, dass weder Frankreich noch Spanien daran interessiert waren; Frankreich nicht aus offensichtlichen Gründen, Spanien nicht, weil mit der Invasion durch Ludwigs Truppen gerechnet wurde und eine Neutralisierung der Freigrafschaft keine Truppenverschiebungen ermöglicht hätte. Die übrigen beteiligten Mächte spielten zu diesem Zeitpunkt höchstens eine Nebenrolle. Alle Bemühungen der Eidgenossen in diese Richtung blieben fruchtlos, letztlich vermochte auch eine helvetische Gesandtschaft die allseits erwartete In-

<sup>33</sup> Gresset et al. (Hg.), *Histoire de l'annexion par la France de la Franche-Comté* (wie Anm. 13), 232.

<sup>34</sup> Pernot, *La Franche-Comté espagnole* (wie Anm. 8), 327 ff.

vasion nicht zu verhindern.<sup>35</sup> So mussten entweder Frankreich oder Habsburg einheitliche Zusicherungen gemacht werden, doch die Parteien konnten keinen Konsens finden: Protestanten opponierten gegen Katholiken, «Spanier» gegen «Franzosen», die Städte gegen die ländlichen Gebiete; Handelsvorteile wurden gegen territoriale Sicherheit abgewogen, Volkssympathien gegen Ratsherrenpensionen. Der externe Druck drohte den eidgenössischen Bund zu sprengen. Letztlich beschloss man, nur mehr um die eigene Sicherheit bekümmert zu sein und das Defensionale zu erneuern. Damit rückte wiederum der Schutz der Waadt und Genfs ins Zentrum der Debatte: Hätten die katholischen Orte gegen den Willen des Papstes und des verbündeten Savoyen die beiden protestantischen Orte in die Defensionalordnung aufgenommen, so wäre ein Entgegenkommen Berns – in Form von Truppenpass etwa – bezüglich der Freigrafschaft denkbar gewesen.<sup>36</sup> Aber keiner der antifranzösischen Allianz äusserte sich dazu.

Ende März und Anfang Mai 1674 wurden die wegweisenden Tagsatzungen in Baden abgehalten. Der Krieg in der Nachbarschaft war bereits offen ausgebrochen, die Gesandtschaft zurückgekehrt und die Hoffnung auf eine Beilegung des Konflikts begraben. Nachdem die Gesandten Frankreichs, Spaniens und des Reichs nochmals ihre jeweiligen Positionen verteidigen durften, wählten die Abgeordneten einen vermeintlich ungangbaren Weg: Sie fassten den Beschluss, nicht die beiden Burgund, sondern sich selbst zu neutralisieren.<sup>37</sup> Die Grenzen wurden geschlossen, jegliche Hilfeleistung an den einen oder anderen Partner abgeschlagen und die Defensionalordnung durchgesetzt. Die Waadt und Genf wurden nicht in den Text aufgenommen. Bern erhielt jedoch von den Katholiken die mündliche Zusage, im Kriegsfall Schützenhilfe zu bekommen. Im Stile der gesamten Eidgenossenschaft hatten sich die katholischen Orte damit nicht zu einem schriftlich festgehaltenen Bruch mit Spanien und Savoyen hinreissen lassen: Gegen aussen und im Hinblick auf zukünftige Allianzen wollte man das Gesicht wahren, de facto aber hatte man Abmachungen verletzt. Die Katholiken hatten sich schliesslich von Spanien und Savoyen nur deswegen distanziert, weil mit dem laufenden Krieg der Schaden bereits angerichtet war, weil sie selber den Krieg fürchteten und weil sie sich längerfristig lieber auf ein Einvernehmen mit den protestantischen Bundesgenossen und mit Frankreich ausrichteten. Auch die

<sup>35</sup> An der Tagsatzung anfangs März 1674 beschlossen die Abgeordneten, eine Gesandtschaft in die Freigrafschaft zu schicken mit dem naiven Glauben, die Neutralität doch noch erzwingen zu können. Siehe Kaiser, Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede (wie Anm. 19), Band VI / I., 900 f.

<sup>36</sup> Der Abschied der evangelischen Tagsatzungen im März 1674 weist eindeutig in diese Richtung. Die Protestanten entschieden sich nach Absprache mit dem französischen Botschafter Saint-Romain dafür, die Grenzen zu Burgund zu schliessen: «[...] gestatte Bern den Durchpass, so könne Frankreich dies als Feindseligkeit betrachten und auf die Waadt greifen, was um so mehr zu befürchten sei, da die katholischen Orte bis dahin die Waadt nicht in die Defension aufnehmen wollten («welches aber Frankreich gethan».)» Kaiser, Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede (wie Anm. 19), Band VI/I., 919 f.

<sup>37</sup> An der März-Tagsatzung wurde inoffiziell, an der Mai-Tagsatzung offiziell die eigene Neutralität deklariert. Siehe die entsprechenden Abschiede bei Kaiser, Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede (wie Anm. 19), Band VI/I. Siehe auch Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität (wie Anm. 4), Bd. I.

Protestanten erhofften sich von der eigenen Neutralität, die Kritik Spaniens, des Reichs sowie der vom Krieg gebeutelten Freigrafschaft und der protestantischen Niederlande in Grenzen zu halten. Denn dass die französische Diplomatie offensichtlich den Sieg davongetragen hatte, stand in ganz Europa ausser Zweifel. Die eidgenössische Neutralität hatte damit unter zweifelhaften Umständen ihren Anfang genommen.

Spaniens Mission in der Schweiz war keineswegs ein erfolgloser Kampf gegen den Protestantismus; man bekämpfte die Andersgläubigen nicht, sondern ignorierte sie und stützte sich einseitig auf die Beziehungen zur katholischen Eidgenossenschaft. Der spanische Katholizismus verengte dadurch die Sicht, reduzierte die Komplexität auf konfessionelle und somit wohl vertraute Schemata und trug zum diplomatischen Scheitern auf mehreren Ebenen bei. Der Einfluss der Konfession ist in erster Linie im Bereich der Fehleinschätzungen anzusiedeln.<sup>38</sup> Die Verwebungen der eidgenössischen Allianzen mit Habsburg-Österreich, Frankreich, Mailand und Savoyen wurden zu wenig scharf erkannt. Letzt-

<sup>38</sup> Meines Wissens erlaubt der heutige Forschungsstand keine grundsätzliche und abschliessende Aussage zur konfessionellen Prägung von Spaniens *Aussenpolitik* in der Frühen Neuzeit. Diesbezüglich ist auf eine Auswahl verschiedener Werke und deren Hauptthesen hinzuweisen: Markus Reinbold etwa unterstreicht, dass «das Konfessionelle, dies kann für die spanische Frankreichpolitik im Untersuchungszeitraum zweifelsfrei festgestellt werden, zu keiner Zeit handlungsleitend [war].» Markus Reinbold, *Jenseits der Konfession: Die frühe Frankreichpolitik Philipps II. von Spanien (1559–1571)*, Beihefte der Francia, Osterfildern 2005, 221. Auch Karin Schüller spricht sich gegen die These der Konfessionalisierung aus: «Im Hinblick auf Irland (und letztlich auch auf England) kann man im Falle der europäischen Hegemonialmacht Spanien nicht von einer Konfessionalisierung der Aussenpolitik sprechen.» Karin Schüller, *Die Beziehungen zwischen Spanien und Irland im 16. und 17. Jahrhundert. Diplomatie, Handel und die soziale Integration katholischer Exulanten*, Münster 1999, 225. Fernando Negro del Cerro hingegen kommt in seiner Studie unmissverständlich zum Schluss, dass die Religion durchaus Eingang in die spanische Politik gefunden hatte. Negro del Cerro, *Los predicadores de Felipe IV* (wie Anm. 22). Manuel Herrero Sánchez wiederum beschreibt den Annäherungsprozess zwischen Spanien und der Niederlande nach dem Westfälischen Frieden. Er stellt zwar die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund, spricht der Religion ihre Wichtigkeit als hemmender Faktor aber nicht ab: «En el ámbito político la religión se mostró igualmente como una difícil barrera en la formalización de una alianza más estrecha.» Manuel Herrero Sánchez, *El acercamiento hispano-neerlandés (1648–1678)*, Madrid 2000, 128f. Miguel Áviles Fernández et al. weisen ihrerseits *generell* auf die zentrale Rolle des Katholizismus hin: «La primacía ideológica se manifiesta en la defensa a ultranza de los valores espirituales del catolicismo, tal y como eran entendidos por las clases dirigentes de la época.» Miguel Áviles Fernández et al. (Hg.), *Historia de España. La crisis del siglo XVII bajo los últimos Austrias (1598–1700)*, Madrid 1988, 282. Die Autoren meinen zudem, dass eine konfessionalisierte Politik erst mit dem Aufstieg Frankreichs zur Grossmacht unter Ludwig XIV. langsam einem «austracismo» wich. Áviles Fernández, *Historia de España* (wie Anm. 38), 219 f. Klar – und deshalb umstritten – vertritt Schilling die These, dass nicht nur Spaniens Aussenpolitik, sondern jene aller Staaten der Neuzeit stark konfessionalisiert gewesen sei. «Die Konfession war in der zweiten Phase des frühneuzeitlichen Mächteuropa Leitkategorie, also von Mitte des 16. bis Mitte des 17. Jahrhunderts – dies ist jedenfalls meine These, die ich im folgenden Kapitel näher entfalten werde.» Heinz Schilling, *Formung und Gestalt des internationalen Systems in der werdenden Neuzeit – Phasen und bewegende Kräfte*, in: Peter Krüger (Hg.), *Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit. Beiträge zur Geschichte des internationalen Systems*, Marburg 1991, 22.

lich war man im Gegensatz zu Frankreich nicht bereit, Bern nicht nur als eidgenössischen Hauptort anzuerkennen, sondern mit der Aarestadt auch konstruktiv zu verhandeln. Das eigene Mailänder Bündnis – ein Produkt mangelnder geistiger Wendigkeit – entpuppte sich zudem als der grösste Stolperstein. Dass sich der spanische Botschafter Casati in Baden an den gemeineidgenössischen Tag-satzungen bis zum Schluss an der Erbeinung als verpflichtendem Vertrag wie an einem Strohalm festhielt und dennoch nichts für deren Verfestigung unternahm, zeigt dessen Hilflosigkeit. Die spanische Diplomatie war nicht dazu bereit, überholte konfessionelle Leitlinien zu überwinden und offiziell eine neu festgehaltene Zusammenarbeit mit der gesamten Eidgenossenschaft anzustreben. Ob man tatsächlich durch eine Kollaboration mit der protestantischen Schweiz einen Gesichtungsverlust in der katholischen Welt befürchtete, wie dies Rott vermutet, wäre in den Konsultationen der Madrider Räte nachzuprüfen.<sup>39</sup> Solche Motive schimmern aber mindestens in den Handlungen und Diskursen Casatis durch. Zweifelsohne bestand letzten Endes die Fehleinschätzung im Glauben, die Protestanten aufgrund eines Abkommens, welches den Geist des 15. Jahrhunderts atmete und unpräzise definiert war, im günstigsten Moment doch noch zu einer offensiven Allianz zwingen zu können.

Die Lage der katholischen Eidgenossen wurde von Spanien gerade in Bezug zum Konfessionalismus falsch eingeschätzt. Man glaubte, die Katholiken im Zaum zu halten und jederzeit für seine Zwecke einsetzen zu können, solange man nur bezahlte. Die These, dass die aussenstehenden Mächte in der Eidgenossenschaft noch im 17. Jahrhundert aus einer klaren *position de force* heraus agierten, lässt sich höchstens für Frankreich bestätigen. Untersucht man die Beziehung zwischen den katholischen Orten und Spanien auf ihre konkreten Interessen hin, so tendiert man eher zur Aussage, dass sich die iberische Grossmacht wohl noch so verhielt, als ob ihr Einfluss in der katholischen Schweiz ungebrochen gross wäre, dass die sechs Orte aber weitgehend unabhängig blieben und sehr geschickt das Bündnis zu ihren Gunsten auszunutzen verstanden. Die Katholiken gliederten sich durchaus in die europaweite «Allianz» gegen den Protestantismus ein und trugen auch teils blutige Konflikte mit den reformierten Bundesgenossen aus. Damit signalisierten sie die Bereitschaft, im Ernstfall auch im grossen Stil gegen die andersgläubige Schweiz zu kämpfen. Die Spanier hatten somit keinen Grund, um jeden Preis auch die Protestanten für sich gewinnen zu wollen, sei es für Angelegenheiten bezüglich Mailand, sei es zum Schutz der Freigrafschaft Burgund. Man klammerte sich augenscheinlich daran, den Ernst-

<sup>39</sup> «Outre que les tergiversations autrichiennes leur inspiraient de la défiance, il était à craindre, selon eux [die spanischen Räte], qu'à suivre les avis de Casati, ils ne s'aliénassent les sympathies du Saint-Siège et de la cour de Turin et ne fournissent au Louvre le prétexte de les accuser de violer l'une des clauses du traité des Pyrénées.» Rott, *Histoire de la Représentation Diplomatique auprès des Cantons Suisse* (wie Anm. 4), Bd. VII, 322. Rott stützt sich dabei u. a. auf eine Konsultation des Madrider Staatsrates vom 9. Dezember 1671. Der Autor liefert damit eine mögliche Begründung für die Auslassung Spaniens, das Mailänder Bündnis in Bezug auf die Verpflichtungen gegenüber der Freigrafschaft entweder als nichtig zu erklären – was die katholischen Orte getan hatten – oder mindestens auf Bern auszuweiten.

fall Seite an Seite mit den katholischen Verbündeten zu bestreiten. Letztlich waren jedoch weder die Protestanten noch die Katholiken jemals dazu bereit, auf externen Druck einen Bürgerkrieg entfachen zu lassen. Nie wurde ein Konfessionskrieg ausgefochten, wo gemeinsame Sache mit externen Mächten gemacht oder gar blind deren Interessen vertreten wurden.<sup>40</sup> Es wäre zu fragen, ob sowohl die Kappelerkriege als auch die Villmergerkriege mehr einer Muskelprobe glichen als einer tatsächlichen Infragestellung der territorialen Integrität.<sup>41</sup> Nationale Interessen standen in der Schweiz offensichtlich über den konfessionellen Interessen, wenn es darum ging, in breit angelegten, übernationalen Konflikten Farbe zu bekennen. Spanien hat diese Konstellation nicht erfasst. Logischerweise wollten die Katholiken den iberischen Geldgeber lieber für sich behalten und nicht mit den Protestanten teilen, aber darauf hätte Spanien nicht einzugehen brauchen. Dass die katholischen und die protestantischen Orte zudem grundsätzlich offen für eine gemeinsame Allianz mit einer fremden Macht waren, zeigte das Beispiel Frankreichs. Ludwig XIV. berücksichtigte die konfessionellen Grabenkämpfe nicht – griff er am Rande dennoch in solche Angelegenheiten ein, wie er dies mit der Schutzgarantie über die Waadt machte, so war dies zu seinen eigenen Gunsten.

Neben den Fehleinschätzungen kann ein weiterer Grund bei der allgemeinen Schwäche der spanischen Diplomatie geortet werden. Darunter müssen die konfus definierte Verantwortung über die Freigrafschaft, die mangelnde Durchschlagskraft der spanischen Krone sowie die fehlenden und falsch eingesetzten Geldressourcen subsumiert werden. Die Gebrechlichkeit Spaniens hatte für Botschafter wie Casati die unangenehme Konsequenz, oftmals ohne Instruktionen

<sup>40</sup> Die Ausnahme bilden die Bündner Wirren, wo sich aber die Eidgenossen als Bund nicht allzu stark einbeziehen liessen: Zwischen den katholischen und den protestantischen Orten wurde in erster Linie der Durchlass von Truppen verhandelt, der Bürgerkrieg wurde aber nicht riskiert. Auch Boesch hebt hervor, dass «[...] das labile Gleichgewicht zwischen beiden Konfessionsparteien die an sich starke Bereitschaft, sich mit auswärtigen Glaubensgenossen zu verbinden [dämpfte].» Boesch, *Epochen der schweizerischen Aussenpolitik* (wie Anm. 14), 93. Obwohl das Gleichgewicht labil war gab es also andere, politische und strategische Kräfte, welche die Eidgenossen zusammenhielten.

<sup>41</sup> Fraglos verschoben sich die Machtpositionen intern bei jedem der erwähnten Kriege und auch um die territorialen Verhältnisse wurde stets gerungen (u. a. die Herrschaft über die Vogteien, das Problem der Zugewandten, Exklaven). Der Bund schien jedoch nie ernsthaft in Gefahr zu sein. Einzelne Aussagen, welche De Capitani in seinem Kapitel zur Geschichte der Schweiz und der Schweizer formuliert, deuten mindestens in diese Richtung, so u. a. dass die Bündnisse mit ausländischen Mächten Defensivbündnisse und nie gegen die Eidgenossenschaft als Ganzes gerichtet waren; dass die fünf «neuen» Stände dazu verpflichtet waren, in internen Auseinandersetzungen zu vermitteln und dass sie diese Aufgabe auch aktiv wahrnahmen; dass das «Stillehalten» als eine Frage der Existenz betrachtet wurde (obwohl die Stände genügend oft mit Anfragen zur kriegerischen Partizipation aus dem Ausland behelligt wurden), dass das politische System niemanden zu mächtig werden liess und die unterschiedlichen Konfliktlinien die Suche nach einem Gleichgewicht und den Willen, die gemeinsame Existenz zu verteidigen, förderten. Siehe François De Capitani, *Beharren und Umsturz (1648–1815)*, in: Ulrich Im Hof et al. (Hg.), *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel 1986. Ob die These, dass die konfessionellen Kriege der Neuzeit in der Schweiz einer Muskelprobe glichen, auf die gesamte Neuzeit angewendet werden kann, müsste selbstverständlich genauer überprüft werden.



und Vollmachten verhandeln zu müssen, was mühseliges Hinhalten und Verschleppen bedeutete. Die Informationen flossen langsam und in unregelmässigen Portionen, der Geldfluss stockte zuweilen über mehrere Monate hinweg. Die politischen Strukturen des iberischen Reichs waren marode; nur starke Führungskräfte, eine straff organisierte Diplomatie sowie eine pragmatisch orientierte Aussenpolitik hätten den Verlust des Franco Condado wenn nicht abzuwenden, so doch hinauszuzögern vermocht.

### *Schlusswort*

Die spanische Diplomatie zielte darauf ab, beim Übergang der Franche-Comté zu französischem Staatsgebiet die Eidgenossenschaft in die Verantwortung zu nehmen und gegen Ludwig XIV. aufzuwiegen. Der Botschafter griff auf Verträge und Bündnisse zurück, welche inhaltlich über ein Jahrhundert hinweg kaum Veränderungen gekannt hatten und in der Schweiz Zwietracht gestreut und für Zündstoff gesorgt hatten. Das diplomatische Gehader war von prägnanten konfessionellen Zügen durchdrungen. Es waren aber vielmehr die katholischen Orte und nicht Spanien, welche daraus Profit schlugen; ohne sich allzu stark an die Interessen Spaniens binden und zu aktiven Einsätzen gegen die Protestanten zwingen zu lassen, zogen sie aus der Allianz beträchtlichen wirtschaftlichen Nutzen und gewannen gegenüber den protestantischen Bundesgenossen eine gewisse Unabhängigkeit. Spanien erkannte nicht, dass gerade in Bezug auf die Freigrafschaft nur eine Allianz mit der gesamten Eidgenossenschaft den erwünschten Erfolg hätte bringen können, nie hätten sich die katholischen Orte zu einem den helvetischen Bund gefährdenden Krieg in der Franche-Comté hinreisen lassen. Das trügerische Gefühl der Sicherheit, mit den katholischen Orten alleine die eigenen Interessen durchsetzen zu können, fügte sich perfekt in die selbst auferlegten, konfessionell motivierten Handlungsschranken ein. Schliesslich fehlten der spanischen Krone auch die straffen Strukturen und die Kraft, um festgefahrene Positionen aufzubrechen.

In einer mit der Defensionalordnung verbundenen Neutralitätserklärung sah die Tagsatzung im Mai 1674 den Weg, der sie gegenüber den Bündnispartnern und dem restlichen Europa am wenigsten kompromittierte. Da die strikte Neutralität gegen aussen relativ gut vertretbar war, wurden die Eidgenossen auch nicht durch die Gegner Frankreichs in den Krieg hineingerissen. Gegen innen obsiegte letztlich der Wille zur Wahrung der territorialen Integrität, welche durch eine offen dargelegte Parteinahme gefährdet worden wäre, über die konfessionellen Parteikämpfe. Vielmehr als von einer Ohnmacht gegenüber Frankreich, welche letztlich einen entscheidenden Eingriff in die Franche-Comté verunmöglichte, muss von einer bewussten – und nicht einer erzwungenen – Entscheidung zur Neutralität gesprochen werden.<sup>42</sup>

<sup>42</sup> Im Artikel des Historischen Lexikons der Schweiz zur Freigrafschaft Burgund wird die Schwäche bzw. die Ohnmacht, welche durch die starke Abhängigkeit von Frankreich und durch die konfessionelle Zerrissenheit des eidgenössischen Bundes erzeugt wurde, in den

In diesem Spannungsverhältnis der Konfessionen ging für die Eidgenossen die territoriale Sicherheit vor. Spanien war seinerseits aber in der Dichotomie verfangen und verhielt sich ausgesprochen unflexibel, als es darum ging, auch die Protestanten für sich zu gewinnen. Wenn auch zahlreiche Faktoren gemeinsam das Scheitern Spaniens ausmachten, so zieht sich doch der Katholizismus als Bremse wie ein roter Faden durch dessen diplomatischen Bemühungen. Die im Titel gestellte Frage, ob das Scheitern der spanischen Diplomatie Konsequenz einer zu starren Konfessionspolitik war, muss demnach bejaht werden, ohne dass ausser Acht gelassen werden darf, dass weitere Besonderheiten die spanischen Aussenbeziehungen am Ende des 17. Jahrhunderts definierten und schädigten.

*Das Scheitern der spanischen Diplomatie in der Eidgenossenschaft: Konsequenz einer zu starren Konfessionspolitik?*

Mehrmals in der Frühen Neuzeit wurde die seit 1493 zu Habsburg gehörende und seit 1548 spanische Freigrafschaft Burgund von Frankreich eingenommen und wieder abgetreten. Als sich 1673 Ludwig XIV. aufmachte, die Franche-Comté militärisch zu unterwerfen und endgültig zu französischem Herrschaftsgebiet zu machen, standen die Eidgenossen sowohl dem burgundischen Nachbarn gegenüber, als auch bei Frankreich und bei den spanischen Besitzern in der Schuld: Seit Beginn des 16. Jahrhunderts wachte der helvetische Bund gegen teures Geld über die Neutralität der Freigrafschaft; die Eidgenossen waren darüber hinaus mit beiden Grossmächten teils gegensätzliche Allianzen eingegangen und hielten aus egoistischen Gründen am friedlichen Status quo der Freigrafschaft fest. Der französische und der spanische Botschafter kämpften mit den üblichen Mitteln der Diplomatie um die Gunst der Eidgenossen, welche immer heftiger zur Parteinahme gedrängt wurden. Im vorliegenden Artikel wird der Fokus auf die spanische Diplomatie gerichtet. Es wird der Titelfrage nachgegangen, ob die starre Konfessionspolitik wenn nicht das einzige, so doch ein essentielles Merkmal in den Beziehungen zwischen dem helvetischen Bund und der iberischen Macht war. Dabei wird der religiösen Konditionierung der spanischen Aussenbeziehungen in Zusammenhang mit deren Scheitern besonderes Augenmerk geschenkt. Das Festhalten Spaniens an ausgedienten, konfessionell geprägten Verhandlungsmustern und Allianzen erwies sich bis zum Ende als mitentscheidend und letztlich erfolglos. Denn dass mit den ersten offiziellen Neutralitätserklärungen der Eidgenossen im März und Mai 1674 Frankreich und nicht Spanien in die Hände gespielt wurde, war trotz des noblen Anscheins der Unparteilichkeit offensichtlich.

*L'échec de la diplomatie espagnole en Suisse: conséquence d'une politique confessionnelle trop rigide?*

A l'époque moderne, la Franche-Comté, qui appartenait aux Habsbourg depuis 1493 et devint espagnole en 1548, fut plusieurs fois conquise puis cédée par la France. Lorsqu'en 1673 Louis XIV annonçait vouloir soumettre la Franche-Comté par les armes et lui imposer définitivement la souveraineté française, les Confédérés s'étaient endettés aussi bien

---

Vordergrund gestellt. Siehe Anne Radeff, Freigrafschaft Burgund, in: Historisches Lexikon der Schweiz (elektronische Publikation HLS), Version vom 11.02.05. Zwar halte ich die beiden genannten Gründe für richtig, fände es aber für das Verständnis der Ereignisse zu vereinfachend, damit der Schweiz eine aktive Politik abzusprechen. Über die Jahrhunderte der spanischen Herrschaft über die Freigrafschaft hinweg bemühte sich die Eidgenossenschaft stets um den für sie vorteilhaftesten Kompromiss. Ob die Eidgenossenschaft zudem für eine militärische Intervention in der Franche-Comté zu schwach gewesen wäre, ist eine müssige Frage. Immerhin setzte Ludwig XIV. alle diplomatischen Hebel in Bewegung, um sich zumindest das «Stillehalten» der Eidgenossen zu sichern (siehe dazu u. a. Behr, Spanien, die Franche-Comté und die Eidgenossenschaft, 51 ff.)

envers leurs voisins comtois qu'envers la France et des propriétaires espagnols: dès le début du XVII<sup>e</sup> siècle, la Suisse, moyennant de grosses sommes d'argent, veillait à la neutralité de la Franche-Comté. En outre, les Confédérés avaient conclu avec les deux grandes puissances des alliances en partie contradictoires et tenaient, pour des motifs égoïstes, au statu-quo pacifique de la Franche-Comté. Les ambassadeurs français et espagnols se battaient par les voies classiques de la diplomatie en faveur des Confédérés qu'on incita toujours plus fermement à prendre parti. Le présent article met surtout l'accent sur la diplomatie espagnole. A partir du titre, on se demande si la politique confessionnelle rigide, qui n'était pas le seul élément des relations entre la Suisse et l'Espagne, en fut tout de même une composante essentielle. On accordera ainsi une attention particulière au conditionnement religieux des relations extérieures de l'Espagne, ce qui aurait causé leur échec. L'attachement de l'Espagne à des modèles de négociation éprouvés, de type confessionnel, ainsi qu'à des alliances, se révéla finalement décisif et sans succès. Donc malgré l'impartialité apparente des Confédérés, il était clair que leurs premières déclarations officielles de neutralité en mars et en mai 1674 faisaient le jeu de la France et non de l'Espagne.

*The failure of Spanish diplomacy in the Swiss confederation: consequences of too rigid confessional politics?*

The county of Burgundy formed part of the Habsburg Empire since 1493 and became purely Spanish in 1548. In modern times though, the French Dynasty overtook it repeatedly just to restitute it instantly. When Louis XIV stroke out in 1673 in order to subjugate the province and to integrate it definitely into French dominion, the Swiss Confederation was in debt of both France and Spain: Since the beginning of the 16<sup>th</sup> century, the helvetic federation was watching over the neutrality of the neighbourly county and was furthermore articulated to both states by the use of somewhat opposed alliances. Both the French and the Spanish ambassador fought with the usual diplomatic methods to win the favour of the Swiss, which where impetuously surged to settle for one or the other side and give up the Status quo. In the present article, the focus is placed on the Spanish diplomacy. The question asked in the title, i.e. whether confessionalism was if not the only so at least one of the essential features of the diplomatic relationship between Swiss and Spain, will be the centre of the debate. Thereby, the attention will be turned to the religious conditioning of the collapsed Spanish diplomacy. The assumption that the Spanish ambassador failed is out of question: The first official declarations of neutrality in March and May 1674 gave indeed the appearance of impartiality, yet the diplomatic victory of France was apparent.

*Schlüsselwörter – Mots clés – Keywords*

Diplomatie – diplomacie – diplomacy, Eidgenossenschaft – Confédération Suisse – Swiss Confederation, Freigrafschaft Burgund – Franche-Comté – county of Burgundy, Frankreich – France – France, Konfession – confession – denomination, Neutralität – neutralité – neutrality, Spanien – Espagen – Spain, Tagsatzung, 17. Jahrhundert – XVII<sup>eme</sup> siècle – 17<sup>th</sup> century, Pensionen – pensions – pensions, Mailand – Milan – Milan

*Andreas Behr*, Diplomassistent am Lehrstuhl für Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neuzeit, Fribourg